

A N F R A G E von Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) und Hans Egli (EDU, Steinmaur)

betreffend Steuerliche Selbstanzeigen gegen Sozialhilfemissbrauch nutzen

Das Zürcher Steueramt wird von Steuerpflichtigen bestürmt, die undeklarierte Häuser und Konti im Ausland bekannt geben. Seit 2010, dem Startjahr der kantonalen Steueramnestie, gingen 21'000 Selbstanzeigen ein, fast 7 Mia. Franken Vermögen kamen ans Licht. Dabei war 2017 ein Rekordjahr mit über 6'000 Selbstanzeigen im Umfang von 1.3 Mia. Vermögen, welche zu steuerlichen Mehreinnahmen von über 100 Mio. Franken führen.

Inwiefern diese Selbstanzeigen auch zur Entlastung von unrechtmässig bezogenen Sozialleistungen führen, ging aus der Pressemitteilung des Regierungsrates zu den Selbstanzeigen nicht hervor. Eine Amnestie der Kantone Genf und Neuenburg im Bereich Sozialleistungen zeigt jedoch auf, dass höchstwahrscheinlich auch im Kanton Zürich von Sozialhilfebeziehenden, IV- oder EL-Bezügern, entsprechendes Vermögen verschleiert wird. In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Bitte listen Sie in Bezug auf ausländische Steuerpflichtige tabellarisch nach Herkunftsland die Anzahl Selbstanzeigen, die Anzahl Liegenschaften und das zusätzlich deklarierte Vermögen auf, welche im Jahr 2017 eingegangen sind.
2. Bitte listen Sie in Bezug auf die Selbstdeklarationen von Personen mit Schweizer Bürgerrecht tabellarisch auf, in welchen Ländern sich wie viele der deklarierten Vermögenswerte befinden und um wie viele Liegenschaften es sich dabei handelt.
3. In welchen Einkommens- und Vermögensklassen fanden wie viele Selbstanzeigen im Jahr 2017 statt? Listen Sie diese bitte tabellarisch auf.
4. Welches Missbrauchspotenzial von Sozialtransferleistungen lässt sich aus der Tabelle von Frage 3 ableiten?
5. Zeigen Sie auf, ob und inwiefern Informationen vom Steueramt an die Sozialämter oder zuständige Stellen für IV und Ergänzungsleistungen fliessen und fliessen dürfen.
6. Falls Informationen gemäss Frage 5 nicht fliessen, was hindert die Behörden daran?
7. Welche gesetzliche Grundlage müsste gegebenenfalls wie und wo geschaffen werden, damit ein Informationsaustausch im Sinne von Frage 5 möglich ist.
8. Mit welchen in dieser Anfrage betroffenen Ländern gestalten sich Amtshilfegesuche zum Auffinden von Liegenschaften und anderen Vermögen besonders schwierig?

Stefan Schmid
Linda Camenisch
Hans Egli